

# E-Mail-Newsletter

Nr. 168, 6. September 2011

ca. monatlich | nächster Redaktionsschluss: 30. September

Übersicht über die Inhalte des Newsletters:

- **1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**  
Neues vom Flüchtlingsrat / Berichte aus den Regionen / Pressedoku / sonstige Informationen
- **2. THEMEN & INFORMATIONEN**  
Informationen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik BaWü / BRD / EU
- **3. AKTUELLE TERMINE**  
Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

## **Liebe Mitglieder, Förderer und Interessierte!**

Die ersten 100 Tage der neuen Landesregierung liegen hinter uns und nach zähem Beginn zeigen sich auch die ersten Maßnahmen im asyl- und integrationspolitischen Bereich: Aussetzung der Abschiebung von Roma, Aufhebung der "Residenzpflicht" für Asylsuchende und Geduldete, Abschaffung des sog. Gesprächsleitfadens bei der Einbürgerung. Das ist mehr als man erwarten konnte und viel mehr als man noch vor einem Jahr zu träumen wagte. Trotzdem kommt der Prozess der (versprochenen) Veränderungen bisher sehr zaghaft voran: Auf der Tagesordnung steht die angekündigte *"kritische Prüfung und schrittweise Verbesserung der Unterbringungs- und Versorgungssituation der Flüchtlinge"* und die in Aussicht gestellte *"Initiative für eine neue gesetzliche Bleiberechtsregelung"* und einiges mehr. Der Flüchtlingsrat wird sich in diesen Prozess weiter einmischen. Gelegenheiten zum offenen und kritischen Dialog gab es bereits beim letzten Plenum des Flüchtlingsrats am 16. Juli mit Ministerialdirektor Zinell vom Innenministerium und bei einem Gespräch mit Integrationsministerin Öney und Ministerialrat Enkler Anfang August. Die nächste Gelegenheit bietet sich bei der Tagung *"Untrügliche Zeichen der Veränderung"* am kommenden Wochenende in Bad Boll. Im Mittelpunkt stehen die Lebensbedingungen der Flüchtlinge und die Diskussion der Umsetzung der neuen Politik mit Vertreter/innen von Parteien und Regierung. [Hier geht es für Kurzentschlossene zur Anmeldung](#) und nun wünschen wir Ihnen eine angeregte Lektüre aktueller Infos aus dem flüchtlingspolitischen Bereich aus dem Ländle und darüber hinaus ...

Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats

## **1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

### **Steigende Asylbewerberzahlen? Jein. Rückgang der Schutzquote: Ja**

Laut [Halbjahresbilanz des neuen Integrationsministeriums](#) hat Baden-Württemberg im ersten Halbjahr 2011 2.511 Asylsuchende aufgenommen. Das sei eine *"Steigerung um 810 Personen oder knapp 48 Prozent"*. Zumindest letztere Zahl hört sich wie eine enorme Steigerung an und folgt den altbekannten diskursiven Darstellungen von BMI, BAMF und Co. Es wird aber auch differenziert, indem eingeräumt wird, dass die Steigerungszahlen mit den 90er Jahren nicht vergleichbar seien und dass die Landesregierung *"die Unterbringungs- und Versorgungssituation mit Blick auf humanitäre Kriterien kritisch prüfen und schrittweise verbessern"* wolle - siehe Koalitionsvertrag. Dies stehe aber in Frage, wenn die Zugangszahlen wegen Nordafrika u.a. weiter steigen. Im Interesse eines *"integrationsfreundlichen Klimas"* sei es wichtig, Fluchtursachen zu bekämpfen. Hier werden Äpfel und Birnen vermischt und angedeutet, wo die Grenzen der neuen Politik gezogen werden. Für das gesamte Jahr 2011 wird schließlich mit einem Zugang von rund 5.000 Personen in BaWü gerechnet, das sind kaum mehr als 2010 (4.753) und diese Zahl deutet an, dass es mit dem medial und politisch immer wieder vorgetragenen Anstieg gar nicht so weit her ist. Das ergeben auch die [aktuellen Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge](#): Bundesweit stiegen die Zugangszahlen von Januar bis Juli um 5.197 Personen oder 27,4 Prozent (von 18.946 Personen auf 24.143 Personen). Auch dies hört sich viel an, doch im Vergleich zu 2010 werden sie im zweiten Halbjahr erwartungsgemäß zurückgehen. Von Steigerung kann überhaupt keine Rede mehr sein, wenn auf die Schutzquote geschaut wird: Während 2008 (20.817 Entscheidungen) noch 37,7% der Antragssteller/innen einen Flüchtlingsschutz nach Art. 16a GG oder nach § 60, 1 oder 2,3,5,7 AufenthG erhielten, waren dies in 2009 noch 34,6 Prozent und nach dem Anstieg in 2010 noch 21,5 Prozent und 2011 21,8 Prozent. [Quelle: BAMF \(2011\): Aktuelle Zahlen zu Asyl](#). Die Hauptherkunftsländer sind im Wesentlichen dieselben geblieben. Darüber hinaus: Aus den von der Bundestagsfraktion DIE LINKE regelmäßig abgefragten zusätzlichen Informationen zur Asylstatistik des BAMF geht u.a. hervor, dass von 2005 bis 2010 rd. 100.000 Widerrufsverfahren geführt wurden, davon 38.500 für das BAMF erfolgreich. Während 1997 insgesamt noch über 200.000 anerkannte Flüchtlinge in Deutschland lebten, waren es 2010 nur noch 115.000. [Quelle: Deutscher Bundestag \(18.08.2011\): Drs. 17/6810](#)

**Innenminister Gall setzt Abschiebungen von Roma ins Kosovo und nach Serbien aus**

Zweifellos die bedeutendste Maßnahme seit dem Antritt der neuen Landesregierung: Wie die dpa am 11. August meldete, hat Baden-Württembergs Innenminister Reinhold Gall (SPD) die Abschiebung von Roma in das Kosovo und nach Serbien vorläufig gestoppt. Einen entsprechenden Erlass gibt es aber nicht. Das Innenministerium habe lediglich den Bundesinnenminister und die Innenminister und -senatoren einiger anderer Länder informiert, dass auf Bitten des Petitionsausschusses des Landtags davon abgesehen werde, Angehörige der ethnischen Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter abzuschicken. Der Petitionsausschuss plant für den Herbst diesen Jahres eine Delegationsreise, um sich umfassend über die Lage der ethnischen Minderheiten in der Region zu informieren. Bis zur abschließenden Auswertung der Erkenntnisse werde die zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht vorübergehend zurückgestellt. Ausgenommen von dieser Regelung seien Straftäter. Andere Bundesländer setzten indes solche Abschiebungen fort. Am 18. August gab es eine von Frontex koordinierte Sammelabschiebung von Düsseldorf nach Pristina, bei der auch 4 Personen aus Baden-Württemberg abgeschoben wurden, angeblich besagte Straftäter bzw. keine Angehörigen von Minderheiten.

### **"Residenzpflicht" in BW kurz vor dem Ende**

Laut einem Artikel in den BNN vom 18. August ist die Residenzpflicht für Asylsuchende und Geduldete in Baden-Württemberg bereits faktisch aufgehoben. Anlässlich eines Besuchs von Integrationsministerin Öney in der Landesaufnahmestelle Karlsruhe wird ein Sprecher des Innenministeriums folgendermaßen zitiert: "Wer innerhalb von Baden-Württemberg unterwegs ist, um Besuche zu machen, der kann sich frei bewegen ... Wir haben den Ausländerbehörden mitgeteilt, dass sie diese Regelung nach Ermessen schon jetzt anwenden können." Auch die bisher verhängten Bußgelder bei Verstößen gelten nicht mehr. Am 5. September verfügte das ebenfalls rotgrün regierte Rheinland-Pfalz in einer "Landesverordnung zur Durchführung des Asylverfahrensgesetzes" die räumliche Beschränkung auf das gesamte Bundesland ausgeweitet. Nur noch bei "evidenten Rechtsverstößen" sollen Verlassenserlaubnisse versagt werden. Eine solche Verfügung fehlt in BW noch.

- 19.08.2011 [Badische Neueste Nachrichten: "Neue Freizügigkeit für Asylbewerber. Residenzpflicht fällt.](#) Für Besuch des Arztes oder von Freunden im Nachbarkreis ist ein Antrag überflüssig

- 05.09.2011 [Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz: Landesverordnung zur Durchführung des Asylverfahrensgesetzes.](#)

### **Auf dem Weg zu einem menschenwürdigen Existenzminimum für Flüchtlinge: Sozialgericht Mannheim stellt Leistungssätze des Asylbewerberleistungsgesetzes in Frage**

Erstmals in Deutschland verpflichtete ein Sozialgericht eine Kommune zu höheren Leistungen als im Bundesgesetz vorgesehen. Mit einer einstweiligen Anordnung urteilte das Sozialgericht Mannheim am 10. August (Az.S.9AY 2678/11ER), dass einem Flüchtling zusätzlich zu den Regelleistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes 65,51 € monatlich gezahlt werden müssen. Der Flüchtlingsrat wertet diese Urteil auch als Teilerfolg im Rahmen seiner "Musterverfahrenskampagne", durch die viele Flüchtlinge ermutigt werden, einen Antrag auf Erhöhung der Regelsätze zu stellen. (siehe auch Infos zu aktuellen Entwicklungen um das AsylbLG unter 2.)

- 12.08.2011 [Pressemitteilung des Flüchtlingsrats BW \[PDF 60 KB\]](#)

- 10.08.2011 [Pressemitteilung zum Urteil von Rechtsanwalt Berthold Münch vom 10.08.11 \[PDF 102 KB\]](#)

- 12.08.2011 Mannheimer Morgen: ["Leistungen bislang unterhalb des Existenzminimums"](#)

- 15.08.2011 Pressemitteilung der AWO Esslingen mit Forderung nach Abschaffung des AsylbLG

### **gemeinsam für die Rechte der Flüchtlinge in Baden-Württemberg - Kampagne des Flüchtlingsrats zeigt Wirkung**

Nach über 30 Veranstaltungen verschiedener Art (Informationsveranstaltungen, Besuche in Unterkünften, Hearings, Infostände, Straßenaktionen, Unterschriftenaktionen) im Laufe des ersten Halbjahrs 2011 ([hier finden Sie die Berichte über die Aktionen](#)) zeigen sich an verschiedenen Orten und Landkreisen, an denen die Kampagne Halt machte, positive Veränderungen. Hier eine Auswahl aktueller Entwicklungen:

#### **a. Ostalbkreis: "Mittelfristig muss eine andere Lösung her"**

So wird Landrat Klaus Pavel von der Gmünder Tagespost anlässlich eines Besuchs des Kreistags-Sozialausschusses am 5. Juli in der GU Schwäbisch Gmünd (alte US-Kaserne) zitiert. Obwohl der Mietvertrag bis 2014 gelte, solle damit begonnen werden, eine Alternative zu suchen. Einzelne Kreistagsmitglieder forderten neben einer Verbesserung der Unterbringungs-Bedingungen auch eine sofortige Aussetzung der Residenzpflicht, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen. Bereits Ende Mai hatte der 1. Bürgermeister Joachim Bläse die Einstellung von Gebührenerhebungen im Rahmen der "Residenzpflicht" verfügt. Auch dies war ein Erfolg des vom Flüchtlingsrat und der BI gegen Fremdenfeindlichkeit / AK Asyl veranstalteten Hearings am 2. Mai mit Politikern, Initiativen und Flüchtlingen. [Mehr Informationen und Presseberichte zum Ostalbkreis](#)

#### **b. Tuttlingen: Initiative Asyl bleibt dran - Witthoh soll geschlossen werden!**

Nach dem Besuch in der GU Witthoh am 21. Juni setzte die Initiative Asyl Tuttlingen ihr Engagement zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge im Landkreis Tuttlingen fort und nahm Kontakt zum 1. Landesbeamten Stefan Helbig auf. In einem Brief vom 27. Juli wird dieser aufgefordert, die GU Witthoh aufzugeben und kleinere Unterkünfte in den Städten des Landkreises zu beziehen. Frauen, Kinder, Schwangere und Traumatisierte sollen außerhalb der GU untergebracht werden. Die Lebensmittelversorgung soll auf Chipkarten oder Gutscheine umgestellt werden, zum "Einkauf" in normalen Läden. Der Brief

wurde ebenfalls unterzeichnet von Ernst-Ludwig Iskenius (Refugio Villingen-Schwenningen), der Kreisrätin Ingrid Dapp (Freie Wähler) und Markus Kiekbusch (SPD-Kreisvorsitzender und Mitglied des Landes-Migrationsbeirats). Am 10.8. antwortete Herr Helbig, dass bereits in der Vergangenheit Überlegungen zu einer "dezentralen" Unterbringung im Landkreis angestellt worden seien (aus denen aber offensichtlich nichts wurde) und dass in der aktuellen Situation erstmal abzuwarten sei, wie die neue Landesregierung agiere und welche "Kompensation" (=finanziellen Mittel) aus Stuttgart käme. In ihrem Antwortbrief stellt die Initiative Asyl klar, dass der Landkreis auch ohne Vorgaben aus Stuttgart Verbesserungen realisieren könne. [Mehr Informationen zum Kreis Tuttlingen](#)

#### c. Reutlingen: Geplante Schließung des Lagers Carl-Zeiss-Straße

Nach Aussage des Ordnungsamtsleiters Dr. Müller plane die Kreisverwaltung die Schließung des mittlerweile über 20 Jahre bestehenden Asyllagers in der Carl-Zeiss-Straße (Kapazität: 360 Personen). Es bestehe bereits seit vier Jahren das Vorhaben, auf kleinere Unterkünfte mit max. 100 Personen umzustellen. [Mehr Informationen zum Landkreis Reutlingen](#)

#### d. Neckar-Odenwald-Kreis - GU Hardheim soll geschlossen werden - Alternative in Elztal-Auerbach gefunden

Das Landratsamt plant, die marode und unwürdige Unterkunft in Hardheim zu schließen. Dies ist auch Ergebnis der Bemühungen des Flüchtlingsrats, des KV der Grünen u.a. In Elztal-Auerbach sind bereits alternative Wohnblöcke gefunden worden, die einen wohnlicheren und besseren Eindruck machen. Allerdings gibt es Widerstände aus der Bevölkerung. Es wird argumentiert, dass fast 150 Asylsuchende für eine Gemeinde von 1000 Bürgern zu viel seien. Unklar ist, wie offen oder bereit das Landratsamt für eine "dezentrale" Lösung ist, bei der nur ein Teil der Flüchtlinge in Auerbach untergebracht wird. In diesem Fall müssten weitere (kleinere) Unterkünfte gefunden werden, was auch grundsätzlich sinnvoller wäre als nur eine Unterkunft im Landkreis zu betreiben. Anlässlich eines Besuchs von Hans-Ulrich Sckerl (Mitglied des Innenausschusses des Landtags und grüner Fraktionsgeschäftsführer) lädt der Kreisverband der Grünen am 8. September zu einem Informationsbesuch in der GU Hardheim und zu einer Bürgersprechstunde im Rathaus von Auerbach-Elztal. Die Grünen wollen für die vom Landratsamt angedachte Lösung werben.

- 02.09.2011 [Rhein Neckar Zeitung: "Gibt es doch eine kleinere Lösung für die Unterbringung der Asylbewerber?"](#)  
[Mehr Informationen zum Neckar-Odenwaldkreis](#)

#### e. Alb-Donau-Kreis: Essenspakete abgeschafft

Wie der Flüchtlingsrat Ulm mitteilte, wurden auch im Alb-Donau-Kreis die Essenspakete abgeschafft und auf ein Gutscheinsystem umgestellt - mit dem es prompt Probleme gab. Die in Langenau untergebrachten Flüchtlinge können nun in mehreren Supermärkten per Wertgutschein "einkaufen" - Rückerstattung nicht ausgeschöpfter Kontingente nicht möglich. Die große Frage lautet, warum dieser Kreis das in der Stadt Ulm bewährte Chipkartensystem nicht übernehmen wollte.

#### f. Landespolitik: 100 Tage grün-rote Regierung

- 09.08.2011 Radio Dreyeckland Freiburg: [100 Tage grün-rote Landesregierung - Was sagt der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg? \(Audiobeitrag als Stream oder Download\)](#) Radiointerview mit Angelika von Loeper, 1. Vorsitzende

### Arbeitsberichte von Refugio Stuttgart und Villingen-Schwenningen

Die psychosozialen Flüchtlingsberatungszentren von Refugio Stuttgart und Villingen-Schwenningen haben im August ihre Arbeitsberichte für 2010 herausgebracht. Daraus ergibt sich - in aller Kürze - dass diese Beratungs- und Behandlungsstellen eine sehr wichtige Arbeit für die Flüchtlinge im Land machen und immer noch chronisch unterfinanziert sind. Bei Refugio Stuttgart wurden im Berichtsjahr insgesamt 326 Klienten behandelt (davon 92 Neuaufnahmen). In Villingen-Schwenningen wurden 170 Patienten behandelt (davon 48 Neuaufnahmen). Die ausführlichen inhaltlichen und sachlichen Berichte gibt es hier:

Refugio Stuttgart e.V., Weißenburgstr. 13, 70180 Stuttgart / Refugio Villingen-Schwenningen e.V., Schwedendammstr. 6, 78050 VS-Villingen.

### Protest gegen "Abschiebeverhöre" der nigerianischen Botschaft in Karlsruhe

Wie einem [Bericht der Flüchtlings-Initiative The Voice](#) zu entnehmen ist, gab es am 19. August eine Demonstration von rund 50 Personen an der Landesaufnahmestelle Karlsruhe gegen die in dieser Woche dort laufenden Botschaftsvorfürungen von nigerianischen Flüchtlingen. Zur Identitätsfeststellung und Ausstellung von Reisedokumente zahlreicher nigerianischer Flüchtlinge war laut The Voice eine Delegation nigerianischer Botschaftsbeamter in Karlsruhe. The Voice bezeichnete diese Anhörungen als "Abschiebebehandel zwischen dem deutschen und dem nigerianischen Staat."

### (Weitere) veröffentlichte Meinungen

- 18.07.2011, Südkurier: ["Unterkünfte fast voll belegt"](#) - Bericht über die Situation in den derzeit fast voll belegten "Gemeinschaftsunterkünften" im Kreis Konstanz

- 27.07.2011, Heilbronner Stimme ["Leben auf 4,5 Quadratmetern"](#) - Bericht über die Situation in der Flüchtlingsunterkunft in Heilbronn und über die künstlerische Tätigkeit des syrischen Flüchtlings Emad Korkis. Dieser hat ein Zimmer im Heim aus Styropor und Pappe nachgebaut.

- 18.08.2011 Rhein-Neckar-Zeitung: ["18 Quadratmeter ist eine behördliche Vorgabe"](#). Bericht über den Bau neuer Containerwohnblocks im Fohlenweideweg in Sinsheim. Im Herbst sollen sie bezugsfertig sein. Integrationsministerin Öney soll bei einem Besuch in der GU Sinsheim am 12.8. "voll des Lobs" gewesen sein.

## 2. THEMEN & INFORMATIONEN

### 25 Jahre Pro Asyl - 25 Jahre für die Flüchtlings- und Menschenrechte!

Am 3. September 2011 feierte Pro Asyl ihr 25-jähriges Bestehen mit einer [Festveranstaltung](#) sowie der [Verleihung des Menschenrechtspreises 2010 an Julia Kümmel](#) (für deren Engagement im Rahmen der Beobachtungen von Abschiebungen am Flughafen Frankfurt). 1986 gegründet, hat sich Pro Asyl zum Ziel gesetzt, Flüchtlingen in Deutschland eine Stimme zu verleihen und ihre Grundrechte zu verteidigen. Viele PolitikerInnen, darunter unter anderem Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, übermittelten [Geburtstagswünsche \(link zum Video\)](#). In einer Bildergalerie lässt ProAsyl das 25-jährige Engagement Revue passieren. Der [aktuelle Tätigkeitsbericht für 2010](#) dokumentiert das umfangreiche und vielfältige Engagement von Pro Asyl.

### Bilanz der Bleiberechtsregelungen

Ende Juni 2011 lebten in Deutschland nach wie vor knapp 90.000 (87.312) Flüchtlinge, die lediglich eine "Duldung" (§ 60a AufenthG) haben, davon ca. 60% seit sechs Jahren und länger. Dies geht aus der [Antwort der Bundesregierung \(BT-Drs. 17/6816\)](#) auf eine kleine [Anfrage der Bundestagsfraktion der LINKEN \(BT-Drs. 17/6742\)](#) hervor. Dies zeigt, dass das Problem der "Kettenduldungen" nach wie vor nicht gelöst ist. Auch die seit dem 1.7.2011 geltende Bleiberechtsregelung für gut integrierte Jugendliche (§ 25a AufenthG) sei lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein, erklärte die migrationspolitische Sprecherin Ulla Jelpke. Zum Jahreswechsel 2011/2012 werde die Zahl der langjährig Geduldeten noch einmal erheblich steigen. Viele, die im Rahmen vorheriger Bleiberechtsregelungen nur eine Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ erhielten, werden diese zum 1.1.2012 wieder verlieren, wenn sie keine eigenständige Lebensunterhaltssicherung nachweisen können. Hiervon könnten über 10.000 Menschen betroffen sein, die dann bereits mehr als 10 Jahre in Deutschland leben. Die SPD hatte 2007 versprochen, dass bis zu 60.000 Menschen von der gesetzlichen Bleiberechtsregelung nach § 104a AufenthG profitieren könnten. Tatsächlich waren es nur etwa 22.000, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104a erhielten, weil sie eine zumindest überwiegende eigenständige Lebensunterhaltssicherung nachweisen konnten. Weitere 15.000 Menschen erhielten ein Bleiberecht „auf Probe“ infolge des IMK-Beschlusses von Ende 2009 – von ihnen wird zum Jahreswechsel eine vollständige Lebensunterhaltssicherung verlangt. Die Bundesregierung müsse jetzt dringend eine großzügige gesetzliche Bleiberechtsregelung verabschieden, wie sie von Kirchen, Verbänden, Betroffenen und der Opposition seit langem gefordert wird. Siehe auch

- 23.08.2011 - Die Tageszeitung: [Bleiberecht auf dem Prüfstand](#)
- 25.08.2011 - Süddeutsche Zeitung: [Geduldet nur auf Zeit. Von den Bleiberechtsregelungen haben weniger Ausländer profitiert als angekündigt.](#)
- Pro Asyl (2011): [Hier geblieben - Anforderungen an eine neue Bleiberechtsregelung](#)

### Asylbewerberleistungsgesetz: Regierung zögert Neuregelung hinaus!

Nach Auffassung des Flüchtlingsrats Berlin sitze die Bundesregierung die überfällige Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes aus. Das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales habe dem Bundesverfassungsgericht in einer halbseitigen Stellungnahme vom 22.7.2011 lediglich mitgeteilt, man wolle nun bis Ende 2011 Gespräche über die AsylbLG-Reform mit den Ländern führen. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Bundesregierung am 26.01.2011 um Stellungnahme zum [Vorlagebeschluss des Landessozialgerichts NRW](#) zur Verfassungswidrigkeit der AsylbLG-Leistungen für Kinder gebeten. Bereits im März 2010 hatte die Bundesregierung mitgeteilt, dass sie aufgrund der vom BVerfG am 9.2.1010 festgestellten Verfassungswidrigkeit der Hartz IV Sätze die Konsequenzen für das AsylbLG prüft (vgl. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/009/1700979.pdf>) und im November 2010 bestätigt, dass sie die verfassungswidrigen AsylbLG-Sätze neu festsetzen will (vgl. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703660.pdf>). Siehe auch

**Flüchtlingsrat Berlin:** [Das AsylbLG und das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum, Stellungnahme zur Anhörung am 07.02.2011](#)

- 07.08.2011 - Die Tageszeitung: [Asylbewerber gehen leer aus. Die Sozialleistungen für Asylsuchende sind verfassungswidrig niedrig. Änderungen stehen frühestens 2012 an.](#)
- 04.08.2011 - Thüringer Allgemeine: [Asylbewerbern werden häufiger die Zähne gezogen. Unbedingt lesenswert!](#)
- zur neuen [Kampagne von "Campact": Kinderrechte kennen keine Herkunft und dazu gehöriger Kampagnen-Film](#)

### Hilfe für asylsuchende Journalisten

Reporter ohne Grenzen setzt sich für die Rechte von Journalisten in Notsituationen ein. Hierbei unterstützt sie Medienschaffende, die in ihrer Heimat aufgrund ihrer Arbeit verfolgt wurden und in Deutschland Asyl suchen. Ihre Arbeit besteht auch aus der Unterstützung im Asylverfahren, der Organisation von Rechtsanwälten sowie der Finanzierung von Anwaltskosten. [Mehr Informationen](#)

### Neue Dokumente und Materialien

- Klaus Ottomeyer (2011): Die Behandlung der Opfer. Über unseren Umgang mit dem Trauma der Flüchtlinge und Verfolgten. Stuttgart, Klett-Cotta. Für mehr Informationen zum Buch [hier weiterlesen...](#)
- Flüchtlingsrat Niedersachsen (2011): [Roma - Zwischen Flucht und Abschiebung. Abschlussdokumentation eines Rechercheprojekts](#). Autor: Bastian Wrede.
- Medico International (2011): [Fluchtursache Reichtum. Migration und Rohstoffhandel in Afrika](#). 44-seitige Broschüre mit Hintergrundinformationen und Fallbeispielen.
- Judith Gleitze (2011): [Flüchtlinge – Fischer – Abgeschobene. Eine Recherchefahrt durch Tunesien in Zeiten des libyschen Krieges](#). Mit Unterstützung von borderline-europe und dem Förderverein ProAsyl. Bericht über eine zweiwöchige Recherchereise entlang der tunesisch-libyschen Grenze.
- Informationsverbund Asyl&Migration (Hg.) (2011): [Asylmagazin 7-8/2011](#) u.a. mit einem Beitrag zum Thema "Erlaubnislose Einreise und erlaubnisloser Aufenthalt"
- Amnesty International: Asyl-Info 07/08 2011
- Kampagnen Material zum Internationalen Tag gegen Faschismus und Antisemitismus (09.11.2011) vom europäischen Netzwerk gegen Nationalismus, Rassismus, Faschismus und zur Unterstützung von Migranten und Flüchtlingen: United for intercultural action kann [hier](#) bestellt werden.
- Und hier noch der Link zum aktuellen [Pro Asyl Newsletter Nr. 173](#) (August 2011)

## In aller Kürze

- 14.07.2011 Pro Asyl Presse-Erklärung - [Kinderrechte auch für Flüchtlingskinder - Deutschland muss UN-Kinderrechtskonvention endlich umsetzen](#)
- 21.07.2011 Die tageszeitung: [Europa wehrt Flüchtlinge ab. Afrikanische Odyssee im Mittelmeer](#)
- 29.07.2011 [Integrationsministerin Bilkay Öney hebt den "Gesprächsleitfaden" auf](#) - und beendet damit ein dunkles Kapitel schwäbischer Islamophobie
- 04.08.2011 Pro Asyl Presse-Erklärung - [Griechenland: Panzergraben soll Flüchtlinge abhalten](#)
- 04.08.2011 Süddeutsche Zeitung: [Gestorben an der Hoffnung - Europa schützt die Grenzen, aber nicht die Flüchtlinge](#). Kommentar von Heribert Prantl.
- 07.08.2011 Der Freitag: [Nur ein Ort, um nicht zu verhungern](#). Dabaab war einst ein kleines kenianisches Dorf. Heute ist es das größte Flüchtlingslager der Welt. Reportage von Matteo Fagotto
- 30.08.2011 Wie der Deutsche Sparkassenverband dem Diakonischen Werk Hessen-Nassau mitteilt, können auch Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung oder "Duldung" ein Konto bei jeder Sparkasse eröffnen. Nähere Infos in unserer Geschäftsstelle.
- 02.09.2011 Am 15. Oktober werden in Rom "Schiffe der Solidarität" starten - eine Initiative gegen das Sterben von Flüchtlingen und Migranten im Mittelmeer. [Mehr Informationen](#)

## 3. AKTUELLE TERMINE

### 25. September bis 1. Oktober 2011

**Interkulturelle Woche** Zusammenhalten - Zukunft gewinnen

Mit dem zentralen Plakat "Ich will's wissen! Alle Kinder brauchen Bildung" legt der diesjährige Schwerpunkt auf der Bildungsthematik. Über die bundesweite Website zur [Interkulturellen Woche](#) können Materialien bestellt und lokale Termine in der Veranstaltungsdatenbank recherchiert werden. [\[web\]](#) Eine Auswahl der Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche in Baden-Württemberg:

**Baden-Baden | 27. September 2011 |** Filmcollier | Lichtentaler Straße 50 | 20.00 Uhr

**Filmvorführung "Hotel Sahara"** (OmU) Geschichten von Flüchtlingen auf dem Weg ins 'gelobte' Europa.

**So., 25. September 2011 |** Pauluskirche, Jagdhausstraße 18 | 17.00 Uhr

**Theaterstück Butterfly Blues.** Zwei afrikanische Migrantinnen auf ihrem Weg nach Europa. [\[komplettes Programm Baden-Baden\]](#)

**Karlsruhe | 30. September |** Kinematek | Kaiserallee 6 | 19.30 Uhr

**Welcome.** Spielfilm, Frankreich 2009. [Mehr Informationen](#)

**Mannheim | 1. Oktober |** DiakonieKirchePlus | Lutherstraße 2-4 | 19.30 Uhr

**Straßenlieder.** Solidaritätskonzert der Songgruppe Arche 58 zugunsten der Rechtsberatung für Flüchtlinge. [\[komplettes Programm Mannheim\]](#)

**Ravensburg | 12. Oktober |** Stadtbücherei, Kornhaussaal | 19.00 Uhr



**Heimatlos – weltweit auf der Flucht.** Vortragsabend mit Wahid Akbarzada und Frau Dr. Maria Roth [\[komplettes Programm Ravensburg\]](#)

**Reutlingen | 29. September** | Spitalhof, Marktplatz | 20.00 Uhr

»100 Tage Integrationsministerin« – Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven. Bilkay Öney im Gespräch [\[komplettes Programm Reutlingen\]](#)

**Stuttgart | 23. September** | DGB-Haus, Willi-Bleicher-Straße 20 | 18.00 Uhr

**Mauern verletzen Flüchtlingsrechte.** 25. Kultur- und Politikfestival zum Tag des Flüchtlings. Veranstalter: AK Asyl Stuttgart.

**Samstag, 24. September 2011** | Mannheim, Planken gegenüber dem Wasserturm

**Demonstration gegen Abschiebegefängnisse und Lagerunterbringung.** [Mehr Informationen](#)

**Freitag, 7. Oktober 2011** | Stuttgart, Diakonisches Werk, Heilbronnerstr. 180 | 17.00 – 20.30 Uhr

**Verleihung des Integrationspreises des Diakonischen Werks.** Motto: "Aufeinander Zuwandern - Für ein gutes Miteinander von Einheimischen und Zugewanderten"

**Mittwoch, 19. Oktober 2011** | Göppingen, "zebra" office, Kanalstr. 4 | 18.00

**Fachgespräch zur Situation der Flüchtlinge im Landkreis Göppingen**

Veranstalter: Freundeskreis Asyl Göppingen. Mit Vertreter/innen von Initiativen, Kirchen und Flüchtlingsrat.

**Samstag, 26. November 2011** | Friedensgemeindehaus, Schubartstraße 14, Stuttgart | 9.30 - 17.00 Uhr

**Plenum & Tagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg**

Inhaltlicher Schwerpunkt: Neue Bleiberechts-Regelung / Projekte zur arbeitsmarktlichen Integration von Flüchtlingen

## Überregionale Termine

**Freitag, 17. bis Sonntag 19. Oktober 2011** | Karlsruhe, Jubez,

**Fachtagung "Fachkräfte im Fokus: Spannungsfelder und Perspektiven im professionellen Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen"** . Mehr Informationen: [www.b-umf.de](http://www.b-umf.de)

**Freitag, 18. bis Sonntag 20. November 2011** | Würzburg, Akademie Frankenwarte

**Tagung "Aktuelle Formen des Rassismus"** [Mehr Informationen](#)

## Impressum

### FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de)

Web: [www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de)

**Redaktion:** Andreas Linder, Laura Gudd, Fatma Zan

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unser Website unter "[Archiv / E-Mail-News](#)" sowie viele weitere (aktuelle) Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de).

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende [Formular](#) ebenfalls auf unserer Website.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von



UNO-Flüchtlingshilfe



## Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930